

Die globale Coronakrise

Weltwirtschaftliche Auswirkungen und internationale Reaktionen – eine Momentaufnahme

(Stand: 18. März 2020)

von Bodo Ellmers und Jens Martens

Die globale Corona-Pandemie hat nicht nur gravierende Auswirkungen für die Gesundheitssituation in vielen Ländern der Welt. Sie wird auch den Welthandel, die Finanzmärkte und die Verwirklichung der international vereinbarten Ziele für nachhaltige Entwicklung (SDGs) massiv beeinflussen. Das ganze Ausmaß der Krise und ihrer Folgen lässt sich derzeit noch nicht abschätzen.

Fest steht aber schon jetzt, dass das Coronavirus die Weltwirtschaft in einer kritischen Phase getroffen hat. In vielen Ländern des Globalen Südens hatte sich die gesamtwirtschaftliche Lage bereits vor Ausbruch des Virus erheblich verschlechtert. Ein Teufelskreis von Verschuldung und Austeritätspolitik bedrohte die sozio-ökonomi-

sche Entwicklung von Argentinien bis zum Libanon. Infolge der weltwirtschaftlichen Abhängigkeiten spitzt sich die Lage nun auch in den Ländern zu, die vom Coronavirus selbst zunächst kaum betroffen waren. Dies gilt insbesondere für die ärmeren rohstoffexportierenden Länder.

Um eine weltweite Rezession abzuwenden, haben der Internationale Währungsfonds (IWF), die Weltbank, die EU, nationale Regierungen und die führenden Zentralbanken Milliardenprogramme angekündigt. Richtig eingesetzt böten sie die Chance, nicht nur die öffentlichen Gesundheitssysteme zu stärken, sondern auch umfassendere Konjunkturprogramme aufzulegen, die der sozial-ökologischen Transformation im Sinne der SDGs dienen.

Verbreitung des Coronavirus

Bis Mitte März 2020 gab es nach Angaben der Weltgesundheitsorganisation (WHO) weltweit mehr als 180.000 Corona-Infektionen (COVID-19) und über 7.000 Todesfälle (Stand: 17.3.2020). Die bis dahin am schwersten betroffenen Länder waren geografisch breit gestreut: China, Italien, der Iran und Südkorea.¹ Die Dunkelziffer ist allerdings hoch, denn wo nicht getestet wird, gibt es auch keine registrierten Fälle. Das gilt für weite Teile Afrikas, aber auch für Teile Europas und die USA.

Weltweit sind Staaten und ihre Gesundheitssysteme damit beschäftigt, das Virus zu bekämpfen oder zumindest seine Ausbreitung zu verhindern. Nicht überall geht es dabei solidarisch zu. Hamsterkäufe verursachen Engpässe bei wichtigen Produkten der Prävention und des täglichen Bedarfs. Exportverbote für medizinische Schutzausrüstung wie Atemschutzmasken, schon früh von Deutschland verhängt, führen zu Mangelversorgung in Ländern ohne hinreichende eigene Produktion.

Das Coronavirus wird auch zum Test für die (öffentlichen) Gesundheitssysteme und die Fähigkeiten von Staaten, auf derartige gesundheitliche Bedrohungen zu reagieren. Länder, die nicht über eine flächendeckende öffentliche Gesundheitsver-

¹ <https://experience.arcgis.com/experience/685d0ace521648f8a5beeee1b9125cd>

sorgung verfügen, stehen dabei vor besonderen Herausforderungen. Bevor in den USA am 13. Februar der nationale Notstand ausgerufen wurde, lagen die Kosten privater Anbieter für einen Corona-Test bei bis zu 3.000 US-Dollar.²

Zudem gibt es in den USA, wie auch in vielen afrikanischen und asiatischen Ländern, kein Rechtsanspruch auf Lohnfortzahlung im Krankheitsfall. Viele Beschäftigte gehen als Folge davon auch krank zur Arbeit, was für die Weiterverbreitung des Virus fatal ist.

Die Art des Berufes und der Klassenstatus beeinflussen das Infektionsrisiko zusätzlich. Büroangestellte können leichter auf *home office* umsteigen, während Fabrikarbeiter*innen und Menschen, die in kundennahen einfachen Dienstleistungen arbeiten, diese Möglichkeit in der Regel verwehrt bleibt. In den Ländern des Globalen Südens können es sich viele Menschen ohnehin nicht leisten, das Arbeiten einzustellen oder zu verlagern, da sie in der informellen Ökonomie arbeiten und von der Hand in den Mund leben. Hier bräuchte es effektive soziale Sicherungssysteme, die es so in vielen Ländern nicht gibt.

Die Folgen der Coronakrise sind zudem nicht geschlechterneutral, da Frauen weiterhin den größten Teil der informellen Pflege innerhalb der Familie leisten und ihre wirtschaftlichen Möglichkeiten dadurch eingeschränkt werden. Frauen stellen in den meisten Ländern zudem die Mehrheit des Pflegepersonals im Gesundheitssektor und sind damit besonderen Belastungen und Infektionsrisiken ausgesetzt. In der Konsequenz droht die Corona-Pandemie, die ohnehin bestehenden sozio-ökonomischen Ungleichheiten weiter zu vertiefen.

Weltwirtschaftliche Auswirkungen

Schon vor Ausbruch des Coronavirus war die weltwirtschaftliche Lage alles andere als rosig. Besonders in Europa und Lateinamerika befanden sich viele Länder 2019 am Rande einer Rezession. In Afrika und Asien waren Wachstumsraten so niedrig wie lange nicht mehr. Viele Länder standen an der Schwelle zu einer neuen Schuldenkrise – oder haben diese schon überschritten.³

Die Folge waren Massenproteste in verschiedenen Regionen der Welt. In Ecuador, Chile und Argentinien, in Ägypten und im Libanon gingen Millionen von Menschen auf die Straßen, um gegen Misswirtschaft und Sparpolitik zu demonstrieren.⁴

Seit Corona die Wirtschaft Chinas – die mittlerweile zweitgrößte Volkswirtschaft der Welt – lahmgelegt hat, hat sich die Lage weiter verdüstert. Die Produktionsausfälle waren massiv, die Rohstoffnachfrage brach ein, Lieferketten wurden unterbrochen.

Erste Schätzungen der Vereinten Nationen gehen davon aus, dass die wirtschaftlichen Folgen von Corona das Welt-Bruttonationaleinkommen (BNE) um eine Billionen US-Dollar verringern könnten. Sinkt das Wachstum der Weltwirtschaft 2020 durch Corona auf nur 0,5 Prozent, wären es sogar zwei Billionen.⁵

Viele asiatische Länder sind eng mit der chinesischen Wirtschaft verflochten und haben daher in besonderem Maße mit den wirtschaftlichen Nebenwirkungen der Coronakrise zu kämpfen, gerade weil sie wie Vietnam frühzeitig die Grenzen zu China geschlossen haben. Immerhin konnte dadurch die Zahl der Infizierten dort bislang niedrig gehalten werden.

Zahlreiche Länder des Globalen Südens, vor allem in Afrika und Lateinamerika, sind zudem vom rapiden Verfall der Rohstoffpreise betroffen.⁶ Das gilt sowohl für Erdöl und Erdgas (s. Kasten) als auch für Industriemetalle wie Aluminium und Kupfer. Die Produktionsausfälle in China haben zu einem Nachfragerückgang und dem Absturz der Preise an den Rohstoffmärkten geführt. Ob sich der Trend mit der Wiederaufnahme der Produktion in China wieder umkehrt, ist derzeit nicht vorhersehbar.

Ein weiteres Problem stellt sich für die Länder, die vom Tourismus abhängig sind. Die weltweiten Reisebeschränkungen und die Streichung vieler Flüge macht vor allem den kleinen Inselstaaten in zunehmendem Maße zu schaffen.

2 <https://thehill.com/changing-america/respect/poverty/485666-how-much-will-getting-coronavirus-cost-you>

3 Mehr dazu im Schuldenreport 2020 von erlassjahr.de und MISEREOR (<https://erlassjahr.de/wordpress/wp-content/uploads/2020/01/SR20-online-.pdf>)

4 Vgl. dazu Martens (2020).

5 UN News (9 March 2020): Coronavirus update: COVID-19 likely to cost economy \$1 trillion during 2020, says UN trade agency (<https://news.un.org/en/story/2020/03/1059011>)

6 <https://www.reuters.com/article/us-latam-economy-coronavirus-analysis/coronavirus-may-sideswipe-chile-peru-and-brazil-economies-leave-mexico-unsathed-idUSKBN20E2PD>

Öl ins Feuer der Krise – Der Ölpreiskonflikt zwischen der OPEC und Russland

Auswirkungen der Corona-Pandemie auf die Realwirtschaft sind unter anderem durch den massiven Ölpreisverfall zu erwarten. Die Preise brachen allein am 9. März 2020 um über 30 Prozent ein und haben sich seit Beginn der Coronakrise von über 60 US-Dollar/Barrel auf knapp 30 US-Dollar/Barrel (Stand 13. März 2020) mehr als halbiert. Der Ölpreis stand ohnehin unter Druck, da zu erwarten war, dass die Krise sich negativ auf Produktion, Gütertransport und damit auch die Ölnachfrage auswirkte.

Doch verstärkt wurde der Preisverfall durch den Konflikt zwischen dem Erdölkartell OPEC mit seinem Wortführer Saudi-Arabien und Russland um Marktanteile und die Begrenzung der Fördermengen. Nachdem sich die Kontrahenten zunächst nicht auf Obergrenzen einigen konnten, steigerte Saudi-Arabien die Produktion und trieb damit den Ölpreis weiter in den Keller.

Leidtragende sind vor allem die kleineren Ölförderländer in Afrika und Lateinamerika, darunter Ecuador, Tschad und Venezuela. Einige waren bereits ohne diesen Schock dem Staatsbankrott nahe, mussten teilweise Notfallkredite beim IWF beantragen und sich seinen Konditionalitäten beugen. Unter anderem im Falle von Ecuador und dem Tschad zielten sie ausgerechnet auch auf die Kürzung der öffentlichen Gesundheitsausgaben.

Die Reaktion der Finanzmärkte

Die Corona-Pandemie hat massive Auswirkungen auf die internationalen Finanzmärkte. Sie traf sie zu einem kritischen Zeitpunkt. Nach einem guten Jahrzehnt expansiver Geldpolitik hatten sich besonders an den Aktienbörsen Spekulationsblasen gebildet, die nun zu platzen drohen. Allein am 9. März, der bereits als „schwarzer Montag“ deklariert wurde, brach der deutsche Aktienindex DAX in der Spitze um 8,4 Prozent ein. Es folgte ein „schwarzer Donnerstag“, an dem der DAX mit einem Absturz um 12,2 Prozent den zweitgrößten Tagesverlust seiner Geschichte erlebte. Weltweit wurden allein in dieser Woche an den Börsen Buchwerte in Billionenhöhe vernichtet. Und der Abwärtstrend an den Börsen setzte sich trotz massiver Interventionen der Zentralbanken auch am 16. März fort.

Weltweit kam es zur Kapitalflucht in „sichere Häfen“. Das Phänomen der negativen Zinsen auf Staatsanleihen vermeintlich sicherer Kreditgeber verstärkte sich noch. Die Rendite auf die 10-jährige Bundesanleihe fiel auf ein Rekordtief, selbst die Umlaufrendite der zuvor Brexit-belasteten britischen Anleihen notiert erstmals im negativen Zinsbereich. Und auch die US-Notenbank senkte in einer außerplanmäßigen Sonntagssitzung am 15. März den Leitzins überraschend auf nahezu null Prozent.

Manche Analysten fürchten, dass die Coronakrise auf den Finanzmärkten zu einer Kreditverknappung (*credit crunch*) führen könne, ähnlich wie es sie auch nach dem Kollaps der US-amerikanischen Investmentbank Lehman Brothers 2008 gegeben hat. Viele Staaten und private Unternehmen sind hoch verschuldet, und müssen permanent ihre fällig werdenden Kredite und Anleihen durch Neukreditaufnahme umschulden.

Wenn die Investoren an den globalen Finanzmärkten aus Panik nicht dazu bereit sind, neu zu investieren, führt das zu Zahlungsausfällen und Insolvenzen – mit zu erwartenden massiven Auswirkungen für die Staatsfinanzen, die Realwirtschaft und die Versorgungslage der Bevölkerung. In Deutschland hat die Bundesregierung bereits mit einem Paket von KfW-Überbrückungskrediten und Staatsbürgschaften auf dieses Problem reagiert, und auch die US-Notenbank kündigte am 17. März an, dass sie versuchen werde, den Kreditfluss an US-Haushalte und Unternehmen aufrechtzuerhalten, indem sie von ihnen kurzfristige Schuldscheine aufkauft. Viele andere Länder verfügen über diesen finanziellen Handlungsspielraum allerdings nicht.

Problemfall Italien

Besonders problematisch ist, dass mit Italien eines der am höchsten verschuldeten europäischen Länder bislang am härtesten von der Corona-Pandemie betroffen ist.⁷ Verliert Italien das Vertrauen der Investoren, würde das einen Mega-Bailout erfordern. Erste Schätzungen gehen von bis zu 700 Milliarden Euro aus.⁸ Das würde den Europäischen Stabilitätsmechanismus schnell an seine Grenzen bringen.

Würde die EU dann Italien, ähnlich wie Griechenland und Portugal vor einigen Jahren, harsche Austeritätskonditionen im Gegenzug für die Kredite auferlegen, hätte dies negative Folgen für die öffentlichen und privaten Investitionen – und letztlich auch für die Verwirklichung der SDGs in diesem Land. Kritiker weisen in diesem Zusammenhang darauf hin, dass die Austeritätspolitik des vergangenen Jahrzehnts auch die öffentlichen Gesundheitssysteme einiger Länder geschwächt habe. Die Folgen werden nun im Zuge der Coronakrise sichtbar. Sie kommen schnell an ihre Kapazitätsgrenzen und können nur eine begrenzte Anzahl von Coronakranken gleichzeitig betreuen.

Kapitalflucht aus Schwellen- und Entwicklungsländern

Für Schwellen- und Entwicklungsländer wird besonders der Abzug von Investitionskapital in vermeintlich „sichere Häfen“ zum Problem. Die Kapitalflucht aus Entwicklungsländern hat in der Coronakrise bereits jetzt Rekorde gebrochen, sowohl was das Volumen als auch was die Geschwindigkeit der Kapitalflucht angeht.

Laut dem Institute of International Finance wurden in den 51 Tagen nach dem 21. Januar 2020, dem Tag an dem die Finanzmärkte erstmals auf Corona reagierten, Schwellenländeranleihen und Aktien in Höhe von 41,7 Mrd. US-Dollar abverkauft, und damit doppelt so viel, wie im selben Zeitraum nach dem Lehman-Kollaps 2008.⁹

Es scheint damit nur eine Frage der Zeit zu sein, bis es zu Zahlungsausfällen und Schuldenkrisen kommt. Bereits vor Corona waren große Schwellenländer wie Argentinien in Zahlungsschwierigkeiten, für 33 der ärmeren Länder bestand nach Angaben des IWF bereits Ende 2019 ein hohes Risiko der Überschuldung oder sie waren bereits zahlungsunfähig.¹⁰

Reaktionen der internationalen Gemeinschaft

Die Coronakrise ist schnell zu einer globalen Bedrohung geworden. Sie ist zugleich ein Paradebeispiel dafür, wie notwendig effektive multilaterale Kooperation wäre, sowohl in der Krisenprävention als auch in der Reaktion. Internationale Organisationen wie die Weltbank haben Regierungen davor gewarnt, die Lage mit nationalen protektionistischen und populistischen Alleingängen noch zu verschlimmern. Besonders wichtig sei es, dass der Handel mit notwendigen Medikamenten und anderem medizinischem Material nicht eingeschränkt würde. Viele Länder des Globalen Südens sind fast vollständig auf Importe von medizinischem Material angewiesen, um auf Corona reagieren zu können.¹¹

Die Coronakrise hat auch gezeigt, dass internationale Organisationen wie die Weltgesundheitsorganisation noch immer unzureichend finanziert sind, um schnell auf das Auftauchen gefährlicher Krankheiten reagieren zu können – und um zu verhindern, dass diese sich zu globalen Pandemien ausweiten. Das Problem ist nicht neu, es hatte sich schon bei der Ebola-Krise in Westafrika 2014/15 gezeigt. Die Weltbank hat daraufhin ein innovatives Finanzierungsinstrument aufgelegt, das eine schnelle Reaktion bei zukünftigen Pandemien möglich machen sollte (siehe Kasten zur Pandemic Emergency Financing Facility). Das Instrument wurde aber so schlecht konzipiert, dass bislang eher die Investoren als die betroffenen Länder von ihm profitiert haben.

Um die weitere Verbreitung des neuen Coronavirus weltweit einzudämmen und Staaten mit schwächeren Gesundheitssystemen zu unterstützen, hatte die **WHO** bereits Anfang Februar in einem „Strategic Preparedness and Response Plan“ Mittel in Höhe

7 Nur Griechenlands Schuldenstand ist mit 181 Prozent des Bruttoinlandsprodukts höher als der Italiens mit 135 Prozent (2018). Griechenland ist allerdings weniger von den Kapitalmärkten abhängig, da der Großteil der Schulden aus langfristigen Verbindlichkeiten gegenüber den europäischen Finanzinstrumenten ESM und EFSS besteht, also nicht umgeschuldet werden muss.

8 <https://www.washingtonpost.com/business/2020/03/11/financial-crisis-coronavirus-italy/>

9 Financial Times (12. März 2020): „Global investors dump \$42bn of EM assets since start of outbreak“ (<https://www.ft.com/content/8562417c-63c4-11ea-b3f3-fe4680ea68b5>).

10 <https://www.imf.org/external/Pubs/ft/dsa/DsAlist.pdf>

11 <https://blogs.worldbank.org/voices/swift-action-can-help-developing-countries-limit-economic-harm-coronavirus>

Pandemic Emergency Financing Facility der Weltbank: Scheitern mit Ansage

Eine Lektion aus der Ebola-Pandemie 2014/15 war, dass die internationale Gemeinschaft beim unerwarteten Ausbruch von Infektionskrankheiten schneller Geld benötigt, um global handlungsfähig zu sein und arme Länder wirksam zu unterstützen. Bei der Weltbank wurde daraufhin die Pandemic Emergency Financing (PEF) Fazilität aufgelegt. Der damalige Weltbank-Präsident Kim erklärte dazu:

"Pandemics pose some of the biggest threats in the world to people's lives and to economies, and for the first time we will have a system that can move funding and teams of experts to the sites of outbreaks before they spin out of control".¹²

Das offizielle Ziel der PEF war also, ein Instrument zu haben, mit dem im Krisenfall rasch Mittel bereitgestellt werden können.

Zur Finanzierung der PEF wurden Gelder von privaten Investoren eingeworben, die buchstäblich eine Wette auf den Tod eingegangen sind: Den Investoren wurden Anleihen mit einer hohen Nominalverzinsung von bis zu 14 Prozent verkauft. Finanziert werden die Zinszahlungen von internationalen Gebern – darunter auch Deutschland. Im Falle einer Pandemie würden die Mittel der PEF wie bei einer Versicherung ausgezahlt. Die Investoren würden ihr Anlagekapital damit ganz oder teilweise verlieren. Das Problem: Um das Ausfallrisiko für die privaten Investoren gering zu halten, wurden die Kriterien für das Eintreten des Versicherungsfalles bewusst strikt gestaltet. Eine Epidemie muss mindestens 84 Tage andauern, es muss mindestens 250 Todesfälle geben und davon mindestens 20 Todesfälle in mindestens zwei verschiedenen Ländern. Beim Ebola-Ausbruch in der DR Kongo 2019 zahlte das Versicherungsfenster der PEF nicht aus, weil es nur in einem Land Todesopfer gab. Auch bei der aktuellen Corona-Pandemie hatte sie bis Mitte März 2020 nicht ausgezahlt.

Das heißt, obwohl Gelder in einem Topf zur Verfügung stehen, haben Gesundheitsministerien in armen Ländern darauf zunächst keinen Zugriff und müssen tatenlos zusehen, wie der bereits identifizierte Ausbruch einer Krankheit sich zu einer internationalen Pandemie ausweitet, denn erst dann fließen die Gelder. Als Instrument, das gerade den Anspruch hat, auf derartige Krisen frühzeitig zu reagieren, hat die PEF auf ganzer Linie versagt. Sie ist ein Paradebeispiel dafür, dass die Renditeerwartungen privater Investoren und die Erfordernisse der öffentlichen Gesundheitsversorgung sich nur schwerlich unter einen Hut bringen lassen.¹³

von 676 Millionen US-Dollar für die Monate Februar bis April 2020 gefordert.¹⁴

Anfang März stellten die Vereinten Nationen im Rahmen ihres Central Emergency Response Fund (CERF) gerade einmal 15 Millionen US-Dollar für globale Maßnahmen zur Bekämpfung von COVID-19 zur Verfügung. Da dies bei weitem nicht ausreichte, schuf die WHO gemeinsam mit der UN Foundation den COVID-19 Solidarity Response Fund (www.COVID19ResponseFund.org), der Spenden von Unternehmen und Einzelpersonen entgegennehmen und an die WHO für Zwecke der Corona-Bekämpfung weiterleiten soll.

Die Konferenz der Vereinten Nationen für Handel und Entwicklung (**UNCTAD**) betont in einem Hintergrundpapier zur Coronakrise, dass Länder mit funktionierenden öffentlichen Gesundheitssystemen am besten auf Herausforderungen wie Corona reagieren können, und fordert die Regierungen auf, die nötigen Mittel zur Stärkung einer universellen öffentlichen Gesundheitsversorgung bereitzustellen.

Gegenfinanziert werden könne dies u.a. durch die wirksame Bekämpfung der Steuerhinterziehung und des ruinösen Steuerwettbewerbs sowie durch Schuldenumstrukturierungen in den hochverschuldeten Ländern.¹⁵

Neben der unmittelbaren Finanzierung von Gesundheitsaufgaben im Rahmen der Corona-Bekämpfung werden aber auch massive Eingriffe

12 <https://www.worldbank.org/en/news/press-release/2016/05/21/world-bank-group-launches-groundbreaking-financing-facility-to-protect-poorest-countries-against-pandemics>

13 <https://www.reuters.com/article/us-china-health-worldbank-pandemic/world-bank-pandemic-bond-under-pressure-as-coronavirus-spreads-idUSKBN20D2HI>

14 WHO (2020).

15 UNCTAD (2020).

vonnöten sein, um den negativen ökonomischen Folgen der Coronakrise zu begegnen und eine weltwirtschaftliche Rezession zu verhindern oder zumindest abzuschwächen.

Viele nationale Regierungen haben Finanzhilfen angekündigt, die aber vor allem der heimischen Wirtschaft zugutekommen sollen. Regierungen ärmerer Länder haben naturgemäß weniger finanziellen Spielraum zur Stützung ihrer Wirtschaft. Sie bräuchten grenzüberschreitende Unterstützung. Einige multilaterale Initiativen wurden bereits angekündigt:

Die **Europäische Kommission** hat am 13. März eine „Investitionsinitiative zur Bewältigung der Coronakrise“ angekündigt. Das Problem der EU ist allerdings, dass ihr Budget langfristig festgelegt und äußerst beschränkt ist. Kommissionspräsidentin von der Leyen kann also nur mit Umschichtungen arbeiten. Vor allem durch Einsatz nicht abgerufener Mittel aus den Strukturfonds sollen 8 Milliarden Euro freigesetzt werden. Durch Kofinanzierung von den Mitgliedsstaaten sollen so Investitionen in Höhe von insgesamt 37 Milliarden Euro ermöglicht werden.¹⁶

Die **Weltbank** hat fast zeitgleich ein erstes COVID-19-Maßnahmenpaket mit einem Finanzrahmen in Höhe von 12 Milliarden US-Dollar angekündigt. Die Mittel sollen vor allem der Stärkung der Gesundheitssysteme und der Unterstützung der Privatwirtschaft bei der Bewältigung der ökonomischen Folgen der Krise dienen.¹⁷

Der **IWF** hat angekündigt, bis zu 50 Milliarden US-Dollar an Notfallfinanzierung für Länder mit niedrigem oder mittlerem Einkommen bereitzustellen. Der Fonds hat generell zwei Kreditlinien zur Verfügung, die in Notfällen wie der jetzigen Coronakrise eingesetzt werden können, die Rapid Credit Facility (RCF) und das Rapid Financing Instrument (RFI). Damit können bis zu 10 Milliarden US-Dollar an zinsgünstigen Krediten an Niedrigeinkommensländer ausgezahlt werden. Dazu kommen weitere Instrumente, zum Beispiel der Catastrophe Containment and Relief Trust, der Schuldenerlasse für von Katastrophen betroffene Länder finanzieren kann.¹⁸

Allerdings wird durch den Einsatz von IWF-Mitteln möglicherweise der Bock zum Gärtner gemacht. Bereits in der Ebolakrise stand der IWF in der Kritik, dass seine harschen Kreditkonditionen die Gesundheitssysteme betroffener Länder kaputtgespart und damit die Ausbreitung der Krankheit begünstigt hätten.¹⁹

Außerdem sind zahlreiche Länder bereits an der Grenze ihrer Schuldentragfähigkeit angelangt und bräuchten daher eher Zuschüsse als weitere Kredite. Länder, die gegenüber dem IWF oder der Weltbank im Zahlungsverzug sind oder deren Schuldenstand als nicht tragfähig klassifiziert wird, sind nach Angaben des IWF von einer Unterstützung ohnehin ausgenommen. Damit haben einige der bedürftigsten Länder keinen Zugang zu den Töpfen des IWF – und diejenigen, die ihn haben, werden sich höher verschulden müssen, um ein Problem zu bekämpfen, das sie nicht verursacht haben.

In weit höheren finanziellen Dimensionen bewegen sich die Reaktionen der führenden Notenbanken auf die Coronakrise. Da für die **Europäische Zentralbank (EZB)** die Senkung des Leitzins als geldpolitisches Instrument wegfiel, weil der Zinssatz bereits vor der Krise bei Null stand, konzentrierte sich die EZB darauf, ihr Anleihekaufprogramm auszuweiten und Banken mit neuen langfristigen Kreditlinien zu stützen.²⁰

Unter anderem kündigte der EZB-Rat am 12. März an, das Programm zum Ankauf von Vermögenswerten (Asset Purchase Programme – APP) um 120 Milliarden Euro aufzustocken. Die **US-Notenbank Fed** kündigte nach ihrer Sondersitzung am 15. März sogar an, die amerikanische Wirtschaft mit einem insgesamt 700 Milliarden Dollar schweren Anleihekaufprogramm zu stützen und Banken vorübergehend Notfalkredite zu gewähren.²¹

16 European Commission (2020).

17 World Bank (2020).

18 IMF (2020).

19 <https://www.brettonwoodsproject.org/2015/02/imfs-role-ebola-outbreak/>

20 <https://www.ecb.europa.eu/press/pressconf/2020/html/ecb.is200312-f857a21b6c.de.html>

21 <https://www.federalreserve.gov/newsevents/pressreleases/monetary20200315a.htm>

Fazit: Solidarität darf nicht an Ländergrenzen enden

Welches Ausmaß die Coronakrise annehmen wird, ist bei weitem noch nicht absehbar. Es ist zu befürchten, dass die Menschen in vielen Ländern des Globalen Südens die Ausläufer der Krise noch stärker zu spüren bekommen als die Menschen in den reicheren Industrieländern. Das hat vor allem drei Gründe:

- » Zahlreiche Länder des Globalen Südens befinden sich bereits jetzt in einer sozialen, ökonomischen und politischen Krise, die durch die Auswirkungen der Corona-Pandemie noch verstärkt wird. Sie sind aufgrund ihrer strukturellen Schwächen für exogene Schocks verwundbarer und leiden länger unter den Folgen der Krise.
- » Die reicheren Länder können es sich leisten, die Krise sozial und ökonomisch abzufedern. Sie verfügen über umfassende soziale Sicherungssysteme und haben finanzielle Rettungsschirme für ihre Wirtschaft aufgespannt. Den meisten Ländern des Globalen Südens fehlt der finanzielle Spielraum für derartige Maßnahmen.
- » Die finanziellen Hilfsmaßnahmen der Industrie- und Schwellenländer verschaffen den dortigen Unternehmen Wettbewerbsvorteile gegenüber ihren ohnehin oft schwachen Konkurrenten in den Entwicklungsländern. Sie verschärfen damit die Disparitäten zwischen Industrie- und Entwicklungsländern, aber auch zwischen den ärmeren Entwicklungsländern und Schwellenländern wie China.

Um zu verhindern, dass die Coronakrise zu einer globalen Entwicklungskrise wird, darf Solidarität nicht an Ländergrenzen enden. Die politischen Reaktionen der Regierungen auf die Coronakrise müssen vielmehr auch die weltweiten sozio-ökonomischen und ökologischen Folgen systematisch berücksichtigen. Darin liegt auch eine Chance. Die Regierungen hatten bereits beim SDG-Gipfel im September 2019 die „dringende Notwendigkeit beschleunigten Handelns auf allen Ebenen“ betont und ein „höheres Ambitionsniveau“ bei der weiteren Umsetzung der SDGs versprochen.

Dies darf im gegenwärtigen Krisenmodus nicht in Vergessenheit geraten. Im Gegenteil: Nachhaltigkeitsziele und Menschenrechte müssen integrale Bestandteile aller Maßnahmenpakete gegen die Coronakrise bilden. Wenn dies gelingt, können die öffentlichen Gesundheitssysteme gestärkt aus der Krise hervorgehen und die umfassenderen Konjunkturprogramme einen Beitrag zur sozial-ökologischen Transformation im Sinne der SDGs leisten.

Weitere Informationen

European Commission (2020): Coordinated economic response to the COVID-19 Outbreak. COM (2020) 112 final. Brüssel.

https://ec.europa.eu/info/sites/info/files/communication-coordinated-economic-response-covid19-march-2020_en.pdf

IMF (2020): Questions and Answers on the IMF's \$50 billion Rapid-disbursing Emergency Financing Facilities. Washington, D.C.

<https://www.imf.org/en/About/FAQ/50-billion-rapid-disbursing-emergency-financing-facilities/#Q1>

Martens, Jens (2020): Die SDGs im Schatten drohender Finanzkrisen. Bonn: Global Policy Forum.

<https://www.globalpolicy.org/component/content/article/265-policy-papers-archives/53174-neuerscheinung-die-sdgs-im-schatten-drohender-finanzkrisen.html>

UNCTAD (2020): The coronavirus shock: a story of another global crisis foretold. Genf

https://unctad.org/en/PublicationsLibrary/gds_tdr2019_update_coronavirus.pdf

WHO (2020): 2019 Novel Coronavirus (2019-nCoV): Strategic Preparedness and Response Plan. Genf.

https://www.who.int/docs/default-source/coronaviruse/srp-04022020.pdf?sfvrsn=7ff55ec0_4&download=true

World Bank (2020): How the World Bank Group is helping countries with COVID-19 (coronavirus). Factsheet.

Washington, D.C.

<https://www.worldbank.org/en/news/factsheet/2020/02/11/how-the-world-bank-group-is-helping-countries-with-covid-19-coronavirus>

Webseiten

Webseite des Global Policy Forums zur Agenda 2030 (deutsch)

<https://www.2030agenda.de>

Global Policy Watch (englisch/spanisch)

<https://www.globalpolicywatch.org>

Impressum

Die globale Corona-Krise

Weltwirtschaftliche Auswirkungen und internationale Reaktionen – eine Momentaufnahme

Herausgeber:

Global Policy Forum Europe e.V.

Königstraße 37a, 53115 Bonn

Tel. 0228 96 50 510

europe@globalpolicy.org

www.globalpolicy.org

Kontakt: Jens Martens

Autoren: Bodo Ellmers und Jens Martens

Redaktionelle Mitarbeit: Luca Scheunpflug

Gestaltung und Druck: www.kalinski.media

Bonn, März 2020

Dieses Briefing ist Teil des Projekts „**Weichenstellung 2020**“ des Global Policy Forums Europe, gefördert von der Stiftung Umwelt und Entwicklung Nordrhein-Westfalen sowie von Engagement Global im Auftrag des BMZ.



Für den Inhalt dieser Publikation sind allein Global Policy Forum Europe e.V. verantwortlich; die hier dargestellten Positionen geben nicht den Standpunkt von Engagement Global gGmbH, dem Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung und der Stiftung Umwelt und Entwicklung Nordrhein-Westfalen wieder.